Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 196. | Dresden, Freitag den 24. August 1917. | 28. Jahrg.

Hartnäckige Kämpfe mit den kanadischen Truppen bei Lens. — Starke Angriffe gegen die Höhe 304. — An der Ostküste die Aa erreicht.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. August 1917

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern flaute die heftige Artillerietätigkeit im Kampfabschnitte zwischen Langemarck und Hollebeke nur vorübergehend ab; stellenweise erreichte sie wieder die Stärke von Trommelfeuer, ohne daß bisher größere Angriffe folgten. Nur bei Westhoek führten die Engländer einen Teilvorstoß, der erfolglos blieb. Heute am frühen Morgen entrissen wir dem Feinde südlich der Straße Ypern—Menin den von ihm hier in den letzten Kämpfen errungenen Gewinn. Der verlorene Graben wurde zurückerobert und behauptet.

Bei den ergebnislosen Angriffen am 22. August verloren die Engländer 21 Panzerkraftwagen, die zerschossen vor unserer Front liegen. Ein Teil der am Leben gebliebenen Besatzung wurde gefangengenommen.

Kanadische Truppen versuchten erneut, in Lens und unseren anschließenden Stellungen einzudringen. In hartnäckigen Nahkämpfen stellten wir restlos die bisherigen Linien. Auch an der Bahn Arras—Douai scheiterte ein feindlicher Angriff.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Beiderseits der Maas steigerte sich der Artilleriekampf im Walde von Avocourt, auf Höhe 304, bei Beaumont und im Forges-Walde zu einigen Tagesstunden wieder zu beträchtlicher Stärke. Gegen Höhe 304, die wir in der Nacht vom 21. zum 22. August planmäßig unter Zurücklassung einer schwachen Besatzung geräumt hatten, führten die Franzosen heute einen starken Angriff. Sie wurden von unserem Artilleriefeuer empfangen.

Nördlich von Louvemont kamen bereitgestellte feindliche Sturmtruppen in unserem Vernichtungsfeuer nicht aus ihren Gräben heraus.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

An der Küste wurde die Aa an einigen Stellen von unseren Truppen erreicht. Am Dryswiaty-See, bei Brody, am Sereth und Zbrucz lebte die Gefechtstätigkeit zeitweise auf.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Unsere Stellungen bei Saveja und am Sustra-Tal waren erneut Ziel ergebnisloser feindlicher Vorstöße.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen:

Westlich von Carbul am Sereth brachte uns ein erfolgreiches Stoßtruppen-Unternehmen Gefangene und Beute ein.

Mazedonische Front.

Bei anhaltender Hitze stellenweise geringes Feuer.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Entspannung im Reichstage.

Nach den aus Berlin vorliegenden Nachrichten ist seit gestern eine Entspannung unserer innerpolitischen Lage eingetreten. Trotz den Vorgängen, die sich im Haushaltsausschuß am Mittwoch ereignet haben und die leider geeignet sind, im In- und Auslande einen recht peinlichen Eindruck zu machen, sind die Mehrheitsparteien des Reichstags bereit, sich mit dem Reichskanzler abzufinden. In der Tat muß man aus den letzten Ereignissen den Eindruck gewinnen, daß der Reichskanzler durchaus nicht der starke Mann ist, als der er in einigen Blättern der Rechten gefeiert wurde. Er besitzt auch für absehbare Zeit nach den Vorgängen von vorgestern kaum die Autorität, um sich dem Willen der Reichstagsmehrheit mit Erfolg widersetzen zu können. Es ist sicher kein sehr erfreulicher Zustand, daß wir einen Mann an der Spitze des Reiches haben, von dem man wenigstens vorläufig noch immer nicht recht weiß, was er eigentlich will, und nicht einmal, ob er sich selber darüber klar ist, was er will. In einer solchen Schicksalsstunde für unser Land, wie in der gegenwärtigen, gehörte ein Mann auf den Reichskanzlersessel, der sich klar und entschieden auf den Standpunkt der Reichstagsmehrheit stellte und der sich nicht nur vielleicht halb widerwillig, halb gutwillig den Wünschen der Reichstagsmehrheit nachträglich fügt. Von einem solchen Mann würde alle Welt wissen, daß er auch ein Vertrauensmann der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist, und seine Stimme würde auch bei den Friedensverhandlungen ein ganz anderes Gewicht haben, als es die des Herrn Dr. Michaelis haben kann.

Man kann daher nur wünschen, daß die Reichskanzlerschaft des Herrn Dr. Michaelis nur ein Uebergangsstadium darstellt, es sei denn, daß der Mann aus den Ereignissen der letzten Zeit recht viel gelernt hat und sich in Zukunft von einer ganz anderen Seite zeigt als bisher. Die Hauptsache ist natürlich, daß die Reichstagsmehrheit eine Führung der Politik in ihrem Sinne durchsetzt, und da wird Herr Dr. Michaelis kaum ein Hindernis sein. Deshalb ist es verständlich, daß die Mehrheitsparteien an einem Bruch mit Dr. Michaelis, nachdem er seine zweite Erklärung abgegeben hat, nichts mehr liegen ist. Vor allem wird es jetzt darauf ankommen, daß die Mehrheitsparteien auf dem mit der Friedensresolution folgerichtig und entschieden 19. Juli eingeschlagenen Wege folgerichtig und entschieden weitergehen. Die Antwort auf die Papstnote bietet hierzu die gute Gelegenheit, und man muß dabei auf die vom Papst angekündigten Einzelheiten erwarten, damit wir endlich einmal aus dem Stadium der allgemeinen Erörterungen herauskommen.

•

Dem Berliner Tageblatt entnehmen wir folgenden [illegible]

[illegible]

in der die Mehrheitsparteien zur Beratung zusammentraten. Der fortschrittliche Abgeordnete Herr v. Payer wurde zum Kanzler entsandt und stellte ihm ein regelrechtes Ultimatum, in dem er verlangte, daß der Kanzler sich in einer neuen Erklärung unzweideutig auf den Boden der Friedensresolution stellen müsse, falls er auf das Vertrauen der Mehrheitsparteien weiterhin rechne. Der Reichskanzler versprach dies. Unterdessen hatten aber die Mehrheitsparteien in einer Konferenz jene zur Vorlesung gelangte Gegenäußerung aufgesetzt.

Als dann gleich darauf die Sitzung im Hauptausschuß wieder aufgenommen wurde, gab der Kanzler seine neue Erklärung ab, und im Anschluß daran verlas der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert im Namen der Mehrheitsparteien die gemeinsam formulierte Erklärung, die in ihrem ersten Teil durch die Zusicherung, die der Kanzler Herrn v. Payer gegeben hatte, gegenstandslos geworden war. Da der Abgeordnete Ebert in der allgemeinen Unruhe die Erklärung nicht besonders laut vorgebracht hatte, fiel der Widerspruch niemand auf. Erst durch die (ursprünglich nicht beabsichtigte) Veröffentlichung der Vorgänge in der Presse ist man allgemein darauf aufmerksam geworden.

Die Mehrheitsparteien traten daher am Donnerstag vormittag vor Beginn der Verhandlungen des Hauptausschusses zu einer neuen Beratung zusammen und hier kam man, nach sehr entschiedenem Eingreifen des Abgeordneten v. Payer, dahin überein, den Punkt 1 der Erklärung ausdrücklich zurückzunehmen. Diese Aufgabe fiel dem ersten Redner der Mehrheitsparteien im heutigen Hauptausschuß, dem fortschrittlichen Abgeordneten Haußmann zu.

Noch ein anderes Moment kommt hinzu. Der Kanzler hat gestern die Parteiführer zu sich geladen und hatte ihnen Mitteilung gemacht, daß er die elsaß-lothringische Frage endgültig im Sinne der Mehrheitsparteien zu regeln gedenke, und hatte dabei um ihre Unterstützung gebeten. Das ist nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung dieser Parteien geblieben. War man gestern noch, nicht nur im Zentrum, in der Fortschrittlichen Volkspartei und in der Sozialdemokratie, sondern auch zu einem Teil unter den Nationalliberalen der Ansicht, daß man innerpolitisch die Konsequenzen aus dem merkwürdigen Verhalten des Reichskanzlers im Hauptausschuß ziehen und auf eine unmittelbare Beteiligung des Parlaments an der Reichsleitung drängen müsse, so ist diese Frage vor dem anderen Problem, das es jetzt zu lösen gilt, zur Zeit etwas zurückgetreten.

Aber es ist kein Zweifel, daß es sich dabei bloß um eine Vertagung der gegenwärtigen innerpolitischen Krisis handelt, und diese Vertagung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach sogar nur von kurzer Dauer sein.

Auch den Leuten auf der Rechten scheint das Auftreten des Kanzlers nicht gerade sehr viel Freude zu bereiten. Hier und da hat man ja versucht, Herrn Dr. Michaelis als eine Art neuen Bismarck hinzustellen, der, ohne sich um die Wünsche der Reichstagsmehrheit zu kümmern, einen Frieden nach alldeutsch-annexionistischem Muster durchstehen würde. Man hat wohl jetzt eingesehen, daß dieser Fabel verfrüht war, und die Auslassungen der rechtsstehenden Presse sind auf einen gedämpften Ton gestimmt. Natürlich wird auch noch nicht offen zugegeben, daß der neue Mann die Hoffnungen, die man auf ihn setzte, nicht zu erfüllen vermag. Ganz hat man den Versuch nicht aufgegeben, Herrn Dr. Michaelis für sich zu reklamieren. So schreibt die Kreuzzeitung:

Der Kanzler entgegnete dem Abgeordneten Erzberger, daß er sich in den Vorbesprechungen zu seiner Rede vom 19. Juli nicht auf den Boden der Mehrheitserklärung gestellt, sondern nur gesagt habe, er werde seine Kriegsziele angeben und erklären, daß er glaube, sie im Rahmen der Mehrheitserklärung erreichen zu können. Die Entrüstung der Erzberger, Scheidemann usw. über diese Darstellung des Kanzlers veranlaßte, dann dessen zweite Rede nach der Friedensdebatte, in der er den Inhalt der ersteren nicht zurückgenommen, sondern nur gesagt hat, daß er mit seiner ersten Rede von dem Inhalt seiner Darlegungen vom 19. Juli nicht habe abrücken wollen. Als Ergebnis dieser beiden Erklärungen des Kanzlers von gestern wird man also festzustellen haben, daß er sich die Hände von den Fesseln der Mehrheitserklärung frei gemacht hat. Daran wird auch durch die nach den Erklärungen des Kanzlers von dem Abgeordneten Ebert verlesene „Feststellung" der Mehrheitsparteien nichts geändert, daß sie von den Aeußerungen des Kanzlers in den Vorbesprechungen zum 19. Juli einen anderen Eindruck erhalten haben wollen.

Alle diese Künsteleien werden daran nichts ändern, daß Herr Dr. Michaelis nicht der geeignete Mann ist, um den Leuten von der Rechten zu einer Erfüllung ihrer Wünsche zu verhelfen.

• • •

Die elsaß-lothringische Frage.

Eine amtliche Erklärung.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Ein Berliner Blatt veröffentlicht eine Mitteilung, nach der über die künftige Staats- und Verwaltungsreform Elsaß-Lothringens bestimmte Beschlüsse gefaßt seien, auch der Reichskanzler sich für eine bestimmte Lösung dieser Frage festgelegt habe. Diese Nachricht ist unzutreffend. Der Reichskanzler hat in seinen Gesprächen mit den Parteiführern diese Frage zwar erörtert, aber sich nicht in bestimmter Richtung festgelegt, sondern auf bevorstehende Verhandlungen zwischen den Bundesregierungen verwiesen."

•

Der Siebener-Ausschuß für auswärtige Politik.

In der vorgestrigen Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler wurde u. a. auch über die Konstituierung des neuen Unterausschusses des Hauptausschusses verhandelt. Dieser Ausschuß zur gemeinsamen Vorberatung vertraulicher Fragen der auswärtigen Politik mit der Regierung wird sich aus sieben Mitgliedern verschiedener Fraktionen zusammensetzen. In den Ausschuß wurden gewählt zwei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsabgeordnete, ein Nationalliberaler, ein konservativer und ein fortschrittlicher Abgeordneter. Das erste Thema, über das der Siebenerkommission verhandeln soll, wird die Prüfung der Papstnote sein.

•

Die Germania will in der Begründung des Unterausschusses zunächst wenigstens, keine „dauernde Einrichtung" erblicken. „Wir sehen", schreibt das Blatt, „keinen Grund, nach der Kompetenzerweiterung des Hauptausschusses, die ihm gestattet, auch während der Vertagung des Reichstages zusammenzutreten und wichtige politische Angelegenheiten zu beraten, ein neues Organ für solche Zwecke zu schaffen, vielmehr scheint uns wünschenswert, das Schwergewicht dieser intensiveren Befassung des Parlaments mit den laufenden Fragen ruhig beim Hauptausschuß selbst zu belassen. Der Unterausschuß soll darum auch, wie wir sofort hervorhoben, nur ein vorbereitendes Organ für die Entschlüsse des Hauptausschusses werden, dem besondere Angelegenheiten überwiesen werden können, oder um es deutlicher zu sagen, ein von Fall zu Fall eventuell wieder auflebendes Organ des Hauptausschusses."

• • •

Die Verhandlungen des Hauptausschusses.

Am Donnerstag wurde in der Aussprache über die auswärtige Politik fortgefahren. Abg. Haußmann (Volksp.) erklärte im Namen derjenigen Parteien, in deren Auftrag am Mittwoch Abg. Genosse Ebert die Erklärung abgegeben hat, folgendes: **Die Erklärung des Reichskanzlers sei nicht richtig verstanden worden** und infolgedessen hätte Abg. Ebert die Erklärung abgegeben. Wäre die Erklärung des Reichskanzlers richtig verstanden worden, dann hätte kein Anlaß vorgelegen, den ersten Teil der Erklärung vorzutragen. Redner ging dann auf die Ausführungen ein, die der Staatssekretär des Aeußeren in der Sitzung am Mittwoch gemacht hat. Auch er begrüßt die Erklärung des Staatssekretärs, daß die Reichspolitik gegründet werden müsse **nicht nur auf die Macht, sondern auch auf das Recht.** Er und seine Parteigenossen schließen sich dieser Auffassung durchaus an. Der Friedensbeschluß des Reichstages vom 19. Juli habe sich in jeder Beziehung als richtig erwiesen, trotzdem die Alldeutschen alles versucht haben, um die Bedeutung dieses Beschlusses herabzusetzen. Auch er wandte sich dagegen, daß die Heeresleitung die alldeutsche Presse begünstige und die Presse, welche auf dem Boden des Reichstagsbeschlusses steht, benachteilige. Er geht insbesondere auf die Maßregelung der Frankfurter Zeitung ein. Für ihn sei ganz besonders erfreulich, daß die Arbeiter in England von neuem beschlossen haben, **die Stockholmer Besprechung zu beschicken.** Er sieht darin ein Zeichen, daß das Friedensbedürfnis auch im englischen Volke immer mehr und mehr um sich greift. Die päpstliche Note sei, soweit er es beurteilen könne, sicherlich nicht von irgendeiner Seite in Deutschland veranlaßt; aber für sie sei der Boden, auf dem sie eine gute Wirkung ausüben könne, vorbereitet worden gerade durch den Reichstagsbeschluß. Redner bedauert, daß der Reichskanzler nicht die Behauptungen der Alldeutschen von sich abgeschüttelt habe, als ob er in der Politik ein falsches Spiel zu treiben gedenke. Abgeordneter v. Schwerin-Löwitz habe es so dargestellt, als ob er erwarte, daß der Reichskanzler die **Aenderung des Wahlrechts in Preußen bis nach dem Kriege** verschieben und dadurch den Konservativen Gelegenheit geben werde, die ganze Aenderung zu Fall zu bringen. Gegen derartige Behauptungen wären andere Worte nötig gewesen, als sie der Kanzler gesprochen habe. Auch die **Rücksicht auf die ungeheuren Leistungen und Opfer unseres Heeres erfordere es, daß vor aller Welt darüber Klarheit geschaffen werde, daß**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170824/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG